



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lampertheimer Landwirte finden offenes Ohr in Berlin

Christine Lambrecht vermittelte Gesprächstermin

Berlin/Viernheim, 11.03.2005 – Auf Initiative der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) hatte eine Gruppe von sechs Landwirten aus der Region Lampertheim am Donnerstag die Möglichkeit, dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerald Thalheim ihre Anliegen vorzutragen. Bei dem Gespräch im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft konnte kurzfristig ein Gesprächstermin anberaumt werden, dem auch eine Videokonferenz mit Bonn angeschlossen war. „Ich freue mich, dass es gelungen ist, so schnell und flexibel einen solchen Termin zu ermöglichen“, so Christine Lambrecht. Die Landwirte hatten Lambrecht erst am vorangegangenen Montag um einen Termin gebeten.

Geleitet vom Lampertheimer Bauernverbandsvorsitzenden Gerd Knecht, waren die Landwirte in die Bundeshauptstadt gereist. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die so genannte 10-Monatsregel, die die Zahlung von Prämien durch die Europäische Union davon abhängig macht, dass die Anbaufläche dem Betriebsinhaber mindestens 10 Monate zur Verfügung steht. Der Beginn des Zehnmonatszeitraums muss zwischen dem 01.09. des der Antragstellung vorausgehenden Jahres und dem 30.04. des Antragsjahres liegen.

Im Raum Lampertheim sowie im gesamten Hessischen Ried, Nordbaden sowie Rheinland-Pfalz ist eine intensive Flächenbewirtschaftung mit Sonderkulturen wie Zwiebeln, Bohnen und ähnlichem inklusive eines Tauschs von Flächen unter den



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben üblich, um eine entsprechende Fruchtfolge auf den einzelnen Flächen zu ermöglichen. Da dieser Flächentausch zu unterschiedlichen Zeitpunkten abhängig vom Erntezeitpunkt der Vorkultur stellt die einheitliche Festlegung des Beginns des Zehnmonatszeitraums je Betrieb eine erhebliche Härte für diese Betriebe dar. Aufgrund dieser Tatsache schätzen die Lampertheimer, dass maximal 30 bis 50% der Fläche prämienvirksam genutzt werden können.

Staatssekretär Dr. Gerald Thalheim und der über eine Videokonferenz zugeschaltete Dr. Hubertus Wolfgarten vom zuständigen Referat des Bundesministeriums machten deutlich, dass ihnen dieses Problem wohl bekannt sei und sich die Bundesregierung seit langem auf Europäischer Ebene für eine flexiblere Regelung einsetzt. Die Widerstände dagegen seien allerdings erheblich. Trotzdem konnte eine Flexibilisierung erreicht werden, die es den Landwirten zumindest erlaubt, für jedes Feld individuell zwischen zwei möglichen 10-Monats-Zeiträumen zu wählen. Dies wird voraussichtlich ab 2006 möglich sein. Für weitergehende Regelungen müsste die Ratsverordnung geändert werden. „Das ist auf absehbare Zeit aber schwierig“, machte Dr. Thalheim deutlich.

Staatssekretär Dr. Thalheim schlug allerdings vor, eine privatrechtliche Konstellation zu schaffen, bei der die Flächen sozusagen einen Eigentümer haben, der die Prämien beantragt und diese bei Mehrfachanbau in dem Zeitraum quasi „untervermietet“ werden. So könnte Förderung bezogen und entsprechend eingesetzt und weitergeleitet werden. Thalheim forderte die Verbände auf, für ihre Bauern dafür Vertragsvorlagen zu erarbeiten und bei den Landesministerien entsprechende Genehmigungen einzufordern.

Ebenso war auch die Pflanzenschutzverordnung Thema. Gerd Knecht kritisierte, dass europaweit unterschiedliche Pflanzen-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

schutzgrenzwerte gelten würden, so dass auf dem deutschen Markt ausländische Lebensmittel erhältlich sein, die größere Mengen Pflanzenschutzmittel enthalten würden, als in der deutschen Produktion zulässig sei. Dr. Thalheim machte deutlich, dass die Bundesregierung wie auch die anderen europäischen Regierungen mit den Harmonisierungsverhandlungen sehr weit gekommen sind. Bis Mitte nächsten Jahres gelten in der ganzen EU einheitliche Rückstandsregeln für Pflanzenschutzmittel.

Die Landwirte zeigten sich nach dem Besuch sehr beeindruckt. Gerd Knecht bedankte sich bei Christine Lambrecht für die spontane Unterstützung beim Zustandekommen des Gesprächstermins. Sicher konnten die Probleme nicht alle behoben werden, dennoch nahmen die Landwirte Lösungsansätze und die Gewissheit mit nach Hause, mit Christine Lambrecht eine Ansprechpartnerin im Kreisbergstraße und gemeinsam mit Staatssekretär Thalheim immer Ansprechpartner in Berlin zu haben.

Das Foto zeigt Christine Lambrecht mit den Lampertheimer Landwirten und Staatssekretär Dr. Thalheim (3. v.r.).

